

# Rund um den Schwammerl-Turm

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben  
Nr. 8, Mai 2020

RM 04A035819

REGIONALMEDIUM

ergibt an jede  
Postabgabestelle in  
Leoben, Proleb,  
St. Michael,  
Niklasdorf,  
St. Peter Freienstein  
und St. Stefan o.L.



**Aus dem Landtag**

# Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit KPÖ fordert Hilfspaket für Betroffene

Allein in der Steiermark sind fast 180.000 Menschen in Kurzarbeit und an die 70.000 durch Corona zusätzlich arbeitslos geworden. Eine Umfrage hat folgendes ergeben: 43 Prozent der Haushalte sind von Einkommenseinbußen betroffen, 14 Prozent können derzeit ihre Fixkosten nicht bezahlen. Mit diesen Tatsachen hat KPÖ-Abgeordneter Werner Murgg die zuständige Soziallandesrätin Doris Kampus (SPÖ) konfrontiert.

Die KPÖ fordert einen Fonds, aus welchem nicht rückzahlbare Zuschüsse für Menschen geleistet werden, die durch die Corona-Krise von existenzbedrohenden Einkommensverlusten betroffen sind. Werner Murgg: „Während das Land für ein Unternehmer-Hilfspaket sofort 53 Millionen Euro flüssig gemacht hat, wurde auf Direktzuschüsse für von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffene Steirer vergessen.“

Das von der KPÖ geforderte Hilfspaket wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Neos und FPÖ abgelehnt. Zusätzlich stellte die KPÖ den Antrag, das Arbeitslosengeld von derzeit 55 Prozent des Letztbezuges auf 70 Prozent zu erhöhen. Murgg: „Wer bisher 1.500

Euro verdient hat und arbeitslos wurde, bekommt jetzt ca. 800 Euro Arbeitslosengeld. Wie soll man davon leben können?“ Auch dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Diesmal mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Neos.

## SPÖ blamiert sich

Besonders blamabel die Wortmeldung der SPÖ-Abgeordneten Helga Ahrer. Sie hatte vor einigen Tagen denselben Antrag in Leoben eingebracht und stimmte nun dagegen. Um sich aus der Affäre zu ziehen, präsentierte sie einen gemeinsam mit der ÖVP eingebrachten, nichtssagenden Alternativantrag. In diesem wird die Bundesregierung

Fortsetzung umseitig

**KPÖ**

**Rund um den Schwammerl-Turm**  
Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben  
Nr. 8, Mai 2020  
REGIONALMEDIUM  
Stadtblatt für Leoben

**Aus dem Leobener Gemeinderat**  
**Bürgermeister Wallner lehnt Härtefonds für Bevölkerung ab**  
Editorial: Das Leben geht weiter!  
Die Corona-Forderungen sind nicht zu ignorieren!

**Hauseigentümer verrechnet 97 Prozent höhere Kosten für Gebäudereinigung**  
**KPÖ setzt Rückzahlung durch**  
Einen anderen Ansatz für ein alternatives Bausystem...  
Was ist die KPÖ...?

**Idem Leobener Gemeinderat**  
Was Sie im „offiziellen“ Stadtmagazin nicht lesen  
**Gebührenfestspiele in Leoben – Bevölkerung empört**

# Leoben braucht ihn!

**Stadtrat Werner Murgg**

Fortsetzung von Seite 1

aufgefordert gemeinsam mit den Sozialpartnern den Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Der Peinlichkeit nicht genug, bedankte sich Ahrer bei der ÖVP noch dafür: „Ich weiß, daß die ÖVP da über ihren Schatten springen mußte.“ Werner Murgg konterte: „Frau Ahrer, wer derartige inhaltsleere Anträge einbringt, wirft politisch gar keinen Schatten mehr. Ich halte diese Vorgangsweise für letztklassig. Man kann nicht einige Tage vorher im Leobener Gemeinderat händeringend für die Annahme dieses Antrages sein und dann im Landtag auf ÖVP-Geheiß dagegen stimmen!“

### Sozialstaffel bei Kinderkrippe abgelehnt

Eltern mir kleineren Ein-

## Helga Ahrer: Unglaublichkeit hat einen Namen



Im Leobener Gemeinderat für die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, einige Tage später im Landtag dagegen. Auch so kann man politischen Kredit verspielen...

kommen können bei den Kindergartengebühren um Ermäßigung ansuchen. Hier gibt es ein sozial gestaffeltes Gebührenmodell des Landes. Dieses gilt für Kinderkrippen leider nicht. In Leoben kostet die Kinderkrippe ganztägig fast 300 Euro im Monat. Viele können sich

das nur schwer leisten. Die KPÖ stellte deshalb den Antrag dieses Sozialstaffelmodell auch auf die Kinderkrippen anzuwenden. Das lehnten SPÖ und ÖVP ab, obwohl diese Forderung im Regierungsprogramm der Landesregierung enthalten ist.

## Aus dem Leobener Stadtrat – Sitzung Mai 2020

# 83.000 Für Marketingmaßnahmen

Insgesamt 83.000 Euro gibt Leoben für Marketingmaßnahmen zur Suche von Lehrlingen und Personal für die Stadtgemeinde bzw. die Wirtschaftsbetriebe aus. Den Auftrag hat neuerlich die Firma Brainsworld Design Agency bekommen. Das hat der Stadtrat in seiner Mai-Sitzung mit den Stimmen der SPÖ-Mehrheit beschlossen. KPÖ, FPÖ und ÖVP stimmten dagegen.

KPÖ-Stadtrat Werner Murgg: „Ich verstehe nicht warum wir das nicht selbst machen können? Der Gemeinde brechen wegen Corona die Einnahmen weg und für derartige Dinge ist dann trotzdem Geld vorhanden.“

Zahlreiche Leobener Firmen bekommen im Rahmen der Corona-Krise einen Zahlungsaufschub für die Kommunalsteuer.

Die Generalsanierung des Donawitzer Kindergartens geht weiter. Dafür wurden ca. 68.000 Euro frei gegeben. Mit dem Verein LETSBIKE wurde für drei Jahre eine Fördervereinbarung abgeschlossen.

### Aktion „Sommersport und Spaß 2020“

Alle hoffen, daß auch heuer die bewährte Veranstaltungsreihe für Leobener Kinder und Jugendliche „Sommersport und Spaß“ durchgeführt werden kann. Hier können Jugendliche um einen geringen Teilnehmerbeitrag Veranstaltungen aus den Bereichen Sport, Kultur etc. besuchen. Dafür wurden 12.860 Euro budgetiert. Alle diese Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Betreffend den Umbau der Rathauspassage wurden diverse Aufträge um 2,6 Millionen Euro vergeben.

Auch das wurde einstimmig beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde die Firma Brainsworld Design Agency zur Erstellung eines Zeitraffervideos der Baustelle beauftragt. Kostenpunkt 4.800 Euro. Ein Vergleichsangebot wurde eingeholt. Dagegen stimmten FPÖ und ÖVP.

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17. Verantwortlicher Chefredakteur: LAbg. Dr. Werner Murgg. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

## MEINUNG

### Ein Trauerspiel

Die SPÖ war vor langer Zeit einmal eine Vertreterin der Interessen und berechtigten Anliegen der arbeitenden Menschen. Damals hatte das Wort „Reform“ noch einen guten Klang und bedeutete eine Verbesserung der Lebensrealität für Arbeiter und Angestellte. Das ist lange her. Gerade unter tatkräftiger Mithilfe der Sozialdemokratie mutierte der Begriff „Reform“ zum Gegenteil: Gesundheitsreform, Arbeitszeitreform, Pensionsreform. Immer geht es dabei um Verschlechterungen für die betroffenen Menschen. Jetzt hat die Sozialdemokratie eine neue Vorsitzende, die sich per Mitgliederbefragung bestätigen ließ. Der Leobener Bürgermeister Kurt Wallner hatte öffentlich kundgetan, nicht für die Vorsitzende stimmen zu wollen, obwohl er nun froh(!) sei, daß sie ein so klares Votum erhalten habe. Jedenfalls wünsche er sich eine SPÖ, die, so seine Worte, „etwas aufmüßiger“ auftrete. Wie soll das gehen? Bestätigt die Sozialdemokratie doch beinahe täglich, daß sich ihre Aufmüßigkeit immer dann aufhört, wenn sie selbst in der Regierung sitzt. Als jüngstes Beispiel dieses Trauerspiels dient ihre jüngst im Nationalrat eingebrachte Forderung nach Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Dort ist die SPÖ in Opposition. Im Landtag sitzt sie mit der ÖVP in der Regierung und hat den selben Antrag, diesmal eingebracht von der KPÖ, abgelehnt. Aufmüßigkeit schaut anders aus...

WM

# K O M M E N T A R

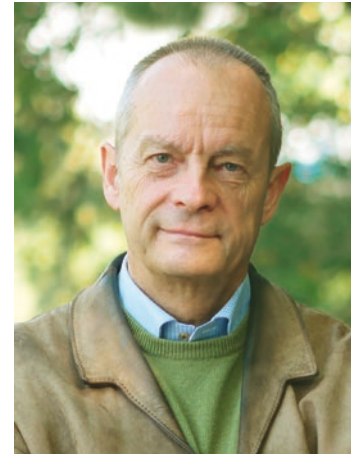
## Geld für Infrastruktur und Soziales!

Die Corona-Pandemie hat auch Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen. Die wichtigsten Einnahmequellen unserer Kommunen sind die Ertragsanteile von den Steuereinnahmen des Bundes und die Kommunalsteuer. Letztere zahlen die in der Gemeinde ansässigen Betriebe pro Arbeitsplatz. Beide Steuern brechen derzeit gewaltig ein. Die Ertragsanteile, weil der Bund durch die Krise weniger Steuereinnahmen verzeichnet, die Kommunalsteuer weil Betriebe die Kurzarbeit haben, keine Kommunalsteuer zahlen. Deshalb ist es wichtig, daß die Regierung auch für die Gemeinden ein Entlastungspaket schnürt. Ei-

ne derartige Forderung an die Regierung hat der Gemeinderat einstimmig verabschiedet. Das ist positiv. Positiv ist auch, daß Leoben weiter an den wichtigen Infrastrukturvorhaben festhält. Das belebt die heimische Wirtschaft. Dazu zählt vor allem der Neubau unseres Kongresszentrums.

Jetzt wird es darauf ankommen, daß vor allem bei unnötigem „Schnickschnack“ und nicht bei den sozialen Ausgaben für unsere Bevölkerung gespart wird. 30.000 Euro jährlich für einen Pressespiegel, 12.000 Euro für eine Sondernummer des Stadtmagazins in der Bürgermeister Wallner sage und schreibe 62mal ab-

gebildet ist oder 17.000 Euro für die „Verzierung“ unserer Autobusse mit Werbeaufschriften. Halten Sie das für notwendig? 36.000 Euro hat das neue LE-Logo beim Kreisverkehr in Göss gekostet. Allein für die Abhaltung einer Pressekonferenz wurden einer Werbefirma 3.600 Euro gezahlt. Um 65.000 Euro wurde dieselbe Werbefirma damit beauftragt Personal für Gemeinde und Stadtwerke zu suchen. Das können wir nicht selbst? Den sprichwörtlichen Vogel abgeschossen haben die knapp 300.000 Euro für eine neue Kassen- und Schrankenanlage beim Asia Spa Parkplatz. Als wenn man die Ein- und Ausfahrt



nicht anders lösen könnte. Beispielsweise mit einer Markierung der Parkplätze. Diese Liste ließe sich beliebig lang fortsetzen. Statt hier zu sparen, steht zu befürchten, daß bei den Leistungen für unsere Bevölkerung gespart wird und Gebühren und Tarife nach der Gemeinderatswahl erhöht werden. Mit der KPÖ wird das nicht möglich sein. Das kann ich Ihnen versprechen!

Werner Murgg, KPÖ-Landtagsabgeordneter und -Stadtrat

## Corona und Wohnungsmiete

Viele Menschen erleiden durch die Folgen des Coronavirus empfindliche Einkommenseinbußen und können daher ihre Wohnungsmiete nicht mehr bezahlen. Um sie vor Delogierungen zu schützen, gilt für diese Mieter ein besonderer Kündigungsschutz. Worum geht es?

Wegen Mietrückständen, die in den Monaten April, Mai und Juni 2020 entstanden sind, darf der Mietvertrag bis 30. Juni 2022 nicht gekündigt werden. Wegen dieser Rückstände darf der Vermieter auch nicht auf die Kaution zurückgreifen. Der Mieter muß diesen Rückstand allerdings bis

31.12. dieses Jahres incl. vier Prozent Verzugszinsen zurückzahlen. Schafft er das nicht, erwartet ihn deswegen zwar bis 30.6.2022 keine Räumungsklage, sehr wohl muß er allerdings ab Jänner 2021 mit einer Klage auf Zahlung rechnen.

### Mietvertrag läuft aus

Läuft der Mietvertrag zwischen 1.4. und 30.6. 2020 aus, so kann der Vermieter diesen Vertrag bis 31.12. 2020 verlängern, ohne Gefahr zu laufen, dadurch einen unbefristeten Mietvertrag abzuschließen.

In diesen Tagen haben sich bei der KPÖ-Leoben schon Mieter gemeldet, weil sie vom Vermieter vor

die Wahl gestellt wurden, entweder zu zahlen oder die Wohnung zu verlieren. Einige haben aufgrund dieser Drohungen einvernehmliche Kündigungen unter-

schrieben und sind ausgezogen. Lassen Sie sich nicht einschüchtern und lassen Sie sich, bevor Sie etwas unterschreiben, ordentlich beraten!



## KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



Die KPÖ Leoben bietet Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

**038 42/ 22 6 70**

# Land hält an Bettenabbau-Plänen fest

In einem vor einigen Wochen in der Tageszeitung „Die Presse“ veröffentlichten Interview sagte die steirische Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP), man müsse weiter über den Abbau von Spitalsbetten diskutieren. Offenbar kann die ÖVP-SPÖ-Landesregierung auch in der aktuellen Situation nicht dazulernen! Sie hält stur an gesundheitspolitischen Konzepten aus der Vergangenheit fest.

Die Corona-Krise hat eines gezeigt: Daß es in unserem Spitalssystem noch Spielraum gibt und es zu keiner Überlastung der Intensivbetten gekommen ist, ist erfreulich. Das hat aber eine Schattenseite. Um Bettenkapazitäten frei zu halten und um Personal zu schützen, wurde die medizinische Versorgung auf ein Minimum reduziert. Selbst viele lebenswichtige Behandlungen wurden verschoben. Bereits 2018 kritisierte der Landesrechnungshof, daß 75 Prozent der Patientinnen und Patienten

an der Universitätsklinik für Strahlentherapie zum Teil eklatant lange Wartezeiten hinnehmen mußten.

## Die Lehren aus der Krise

Entscheidend für die Zukunft unseres Gesundheitssystems ist, welche Lehren aus den Erfahrungen während der Krise gezogen werden. Die KPÖ hat deshalb im Landtag bereits den Antrag gestellt, den Regionalen Strukturplan Gesundheit (RSG 2025) unbedingt zu ändern. Vor allem bezüglich der darin geforderten weite-

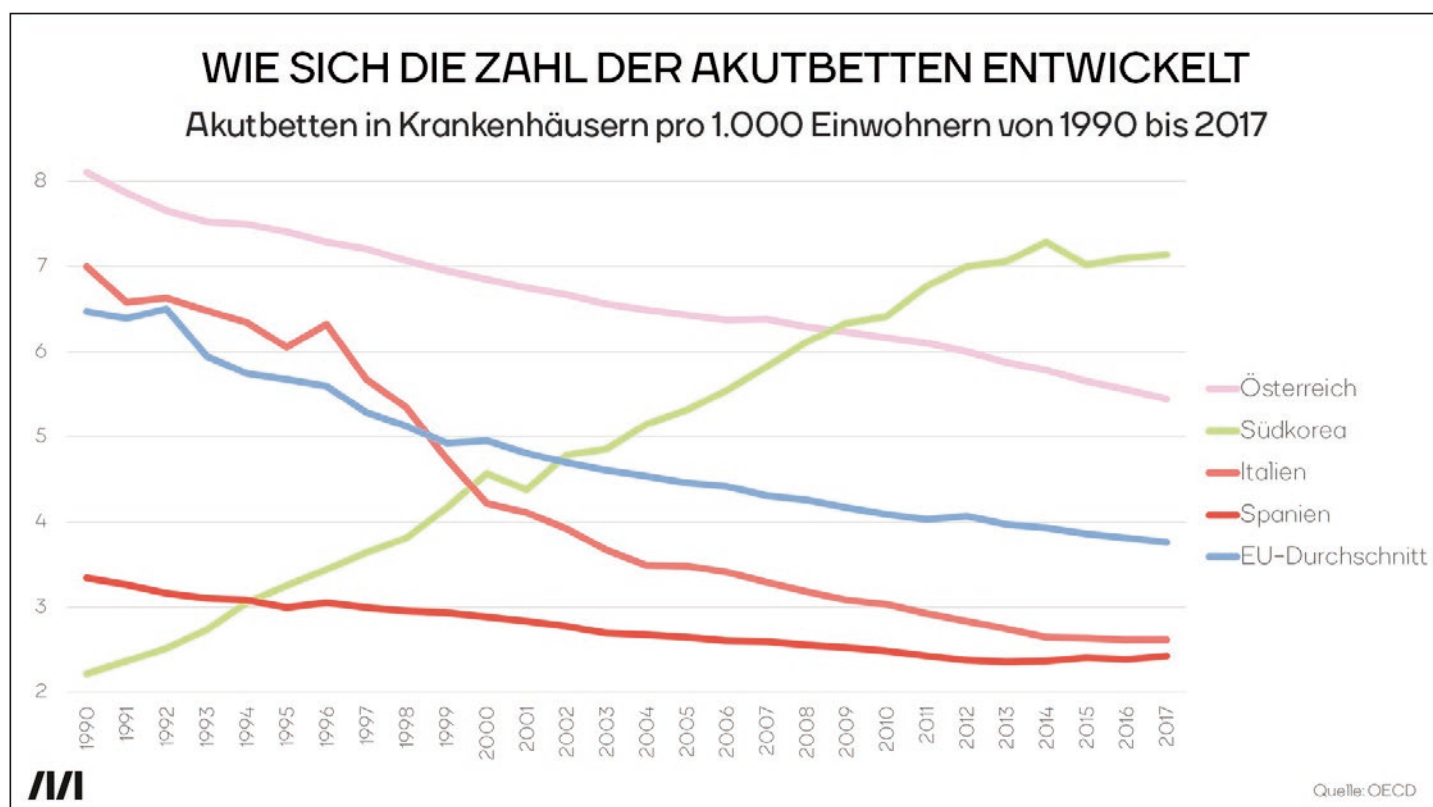
ren Reduktion von Betten aber auch der Zusammenlegung von Spitalsstandorten muß der RSG überarbeitet werden.

## Nicht an der Gesundheit sparen

Doch statt umzudenken, halten SPÖ und ÖVP daran fest, Betten weiter abzubauen und im Bezirk Liezen statt der bestehenden drei Krankenhäuser ein neues zu bauen. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: *Statt über Bettenreduktion zu diskutieren, sollten wir die Wartezeiten in den Spitälern reduzieren und das System krisensicher machen. Seien wir doch froh, daß wir viele dezentrale Spitäler haben. Im Krisenfall kann es zur Schließung von Spitälern - siehe Hartberg - kommen und man sollte auf andere Standorte ausweichen können.*

Länder, die bei Privatisierungen und Kürzungen im Gesundheitssystem sogenannten „Experten“ gefolgt sind, mußten in den letzten Monaten bittere Erfahrungen machen. In Italien, Spanien, Frankreich oder Großbritannien war es nicht mehr möglich allen Infizierten, bei denen die Erkrankung einen schweren Verlauf genommen hat, bestmöglich zu helfen. Manchen Patienten mußte die Behandlung sogar verweigert werden, weil die Intensivkapazitäten erschöpft waren. Wollen wir solche Zustände auch bei uns?

Diese Länder sind jahrelang den Empfehlungen der EU-Kommission und „Experten“ gefolgt, denen es nicht um ein gutes, öffentliches Gesundheitssystem geht, sondern um die Reduzierung der Gesundheitskosten.



## KOMMENTAR

Mario Salchenegger, KPÖ-Gemeinderat

# Ordnung beim Parken statt Hilfe in der Not

Die letzten Wochen und Monate waren für uns alle nicht leicht. Viele von uns müssen mit großen finanziellen Einbußen zurechtkommen, sei es der Verlust des Arbeitsplatzes, der Einnahmefall des eigenen kleinen Unternehmens oder die geringere Entlohnung auf Grund von Kurzarbeit. Aber nicht nur Privatpersonen und Unternehmen sind von dieser Krise betroffen, auch Gemeinden werden in diesem und wahrscheinlich auch in den folgenden Jahren mit massiven finanziellen Problemen zu kämpfen haben, da sich gerade auf Seiten der Einnahmen massive Löcher auftun werden. Die der Pandemie folgende globale Wirtschaftskrise war aber auch vorher schon abzusehen und wird jetzt praktischerweise allein auf diese Gesundheitskrise geschoben. Auch

die finanziellen Probleme der Stadt Leoben sind nicht allein durch diese Krise entstanden. Gerade deshalb ist Sparen das Gebot der Stunde. Uns von der KPÖ wird häufig vorgeworfen, daß unsere Vorschläge nicht finanzierbar wären und so sind wir nicht müde in den Gemeinderatssitzungen immer wieder unnütze Ausgaben ausfindig zu machen und darauf hinzuweisen. So gab es auch in der letzten Gemeinderatssitzung im April eine solche unnütze Ausgabe. Die Schrankenanlage in der Au beim Asia Spa ist in die Jahre gekommen und müsste ausgetauscht werden. Die neue Anlage kostet fast 300.000 Euro. Diese Anlage dient lediglich dazu, daß dort nur Personen parken, die entweder das Asia Spa besuchen oder im Hotel übernachten. In Verbindung damit ist das Parken gratis. Das heißt:

Diese Anlage geriert keine Einnahmen sondern verursacht nur Kosten. Auch ich habe in meinem Leben schon ein paar Hotels oder Bäder besucht. Auf deren Parkplätzen reichte zumeist ein Schild um wenige Euro, das darauf hinweist, daß nur Berechtigte dort parken dürfen. Die KPÖ hat in der Gemeinderatssitzung den Vorschlag gemacht, man solle sich die Kennzeichen am Empfang des Asia Spas notieren und durch das Personal kontrollieren lassen. So schnell könnte sich die Gemeinde 300.000 Euro ersparen. Um diesen Betrag könnte man einen neuen Stadtbus und zwei PKWs kaufen, oder ein gepflegtes Einfamilienhaus mit 200m<sup>2</sup> Wohnfläche und 1500m<sup>2</sup> Grund in guter Lage, oder man könnte auch einen Parkwächter über Jahre zur Kontrolle der Parkplätze



anstellen. Oder man könnte sich das Geld auch einfach ganz sparen. Der Kauf der Anlage wurde gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen. In der selben Sitzung wurde ein Härtefond für besonders schwer von der Krise betroffene Bürger diskutiert, der von der KPÖ und anderen Oppositionsparteien vorgeschlagen wurde. Die SPÖ hat das mit ihrer Mehrheit abgelehnt; finanzielle Gründe wurden vorgeschoben. Der SPÖ ist offenbar eine unnötige Schrankenanlage mehr wert als konkrete Hilfe für unsere Bevölkerung.

Mario Salchenegger  
KPÖ-Gemeinderat

## Geldausgeben für das Notwendigste

Die Corona-Krise wird auch Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen haben. Kommunalsteuer und Ertragsanteile – die Haupteinnahmequellen der Gemeinden – werden deutlich zurückgehen. Deshalb fordert die KPÖ, die Ausgaben der Gemeinden auf das Notwendige zu reduzieren: Ausbau und Erhalt der kommunalen Infrastruktur und soziale Ausgaben für unsere Bevölkerung dürfen nicht ange-tastet werden. Sparen sollte man bei sündteuren Journalistenempfangen, teuren Logos, die niemand braucht, dem Verzieren von unseren Stadtbussen mit Werbeaufschriften und ähnlichem Schnickschnack. In der letz-

ten Nummer unserer Zeitung haben wir unsere Leserinnen und Leser gefragt, was Sie davon halten. Einige Zuschriften möchten wir zitieren.

„Unbedingt auf die notwendigsten Dinge konzentrieren.“

**E.K., 8700 Leoben**

„Auf jeden Fall bei Werbemaßnahmen und ähnlichen Dingen sparen.“

**K.S., 8700 Leoben**

„Aufhören mit dem Geldverschwendung...“

**G.L., 8700 Leoben**

„Das Geld könnte für wichtigere Dinge ausgegeben werden. Es gibt viele Arbeitslose und Alleinerziehende die jetzt dringend eine Unterstützung brauchen.“

**O.K., 8700 Leoben**

## Was uns ein- und auffällt...

...daß die Wirtschaftskammer Österreich und die Fluglinie Ryanair allen ernstes einen Kollektivvertrag für die Flugbegleiter der Ryanair-Tochter Luda Motion durchsetzen wollten, der ein Netto-Einstiegsgehalt von 848 Euro – 70 Euro unter der gesetzlichen Mindestsicherung – vorsieht. Höchste Zeit, daß diese Herrschaften endlich wegen Sittenwidrigkeit verklagt werden.

...daß die im Besitz der deutschen Lufthansa stehende AUA von der Republik Österreich fast 800 Millionen Euro einstreifen will, während der größte

Lufthansa-Einzelaktionär Thiele mit einem Vermögen von ca. 12 Milliarden US-Dollar seine Privatschatulle geschlossen hält.

...daß jetzt auch Vertreter der Ärztekammer die Einsparungsfantasien bei Spitalsbetten kritisieren und völlig zu Recht in Zeiten von Corona die im Vergleich zu anderen Ländern immer noch relativ hohe Dichte an Spitalsbetten als positiv erwähnen. Lediglich die steirische ÖVP-SPÖ-Landesregierung will stur an den Einsparungsplänen im steirischen Spitalswesen festhalten.

# Transparente Vergabe von Gemeindewohnungen: Zuerst beschlossen, dann wieder rückgängig gemacht

Im Februar hatte der Gemeinderat auf Antrag von Uwe Süss (KPÖ) einstimmig beschlossen, die Vergabe

der Gemeindewohnungen auf eine breitere Basis zu stellen. Bisher vergibt der Gemeindevorstand, hier

sind lediglich drei Personen – Bürgermeister, Vizebürgermeisterin (beide SPÖ) und Gemeindegassier (ÖVP) – vertreten, die Wohnungen. Uwe Süss schlug vor, die Vergabe in einem eigenen Ausschuss, in dem alle Fraktionen des Gemeinderates vertreten sind, vorzunehmen. Der Gemeinderat einigte sich schließlich darauf, die Vergabe der Wohnungen in Zukunft im Prüfungsausschuss zu diskutieren und dem Gemeindevorstand einen Vergabevorschlag vorzulegen.

ausschusses, Siegfried Gruber (FPÖ), stellte den Antrag, den Beschluss vom Februar rückgängig zu machen und weiterhin mit der Wohnungsvergabe lediglich den Gemeindevorstand zu beauftragen. Das wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen. Uwe Süss (KPÖ) stimmte dagegen.

Ebenso gegen die Stimme der KPÖ wurde der Rechnungsabschluss 2019 abgesegnet.

Bürgermeister Schlager berichtete über laufende Personalprobleme bei der Nachmittagsbetreuung. Hier wird nach einer neuen Betreuungsorganisation gesucht.

## Heute so, morgen so

In der März-Sitzung war nun plötzlich alles anders. Der Obmann des Prüfungsausschusses,

## Kommentar aus St.Stefan



## Dauert der Fasching in St. Stefan das ganze Jahr?

**N**ormalerweise endet die Faschingszeit am Aschermittwoch. Dieses Jahr war das der 26. Februar. In St. Stefan existiert offenbar ein eigener Kalender. Zur Erinnerung: In der Gemeinderatssitzung am 20. Februar habe ich den Antrag eingebracht, zur Vergabe unserer Gemeindewohnungen einen eigenen Ausschuss, in dem alle Fraktionen vertreten sind, einzurichten. Bisher werden die Wohnungen vom Gemeindevorstand vergeben. In diesem Gremium sitzen nur drei Leute - Bürgermeister, Vizebürgermeisterin und der ÖVP-Gemeindegassier. Erfreulicherweise wurde mein Vorschlag einstimmig angenommen.

In der nächsten Sitzung am 12. März war plötzlich alles anders. Auf Antrag des FPÖ-Gemeinderates Siegfried Gruber sollte der Beschluss rückgängig gemacht werden und alles beim Alten bleiben. Interessanterweise war jetzt auch Bürgermeister Ronald Schlager für den FPÖ-Antrag, obwohl er selbst in der Februarsitzung vorgeschlagen hat-

te, in Zukunft den Prüfungsausschuss, in dem alle Fraktionen vertreten sind, mit der Vergabe zu beauftragen. Offenbar dauert der Fasching in unserer Gemeinde einige Wochen länger. Wie sonst kann es sein, daß sich der Bürgermeister plötzlich vom Vertreter der kleinsten Fraktion eine andere Meinung aufdrängen läßt. Ich vermute etwas anderes: Am 12. Februar war noch nicht klar, daß die Gemeinderatswahl am 22. März abgesagt wird und „Faschingsprinz“ Ronald Schlager offenbar glaubte, mit dem KPÖ-Vorschlag in der Öffentlichkeit punkten zu können. Am 12. März war dann klar, daß die Gemeinderatswahl nicht wie vorgesehen Ende März stattfindet. Jetzt konnte Schlager wieder auf die „bewährte“ Ablehnung unserer Vorschläge umschwenken. Wie gesagt: Fasching im ganzen Jahr!

Uwe Süss  
KPÖ-Gemeinderat in St.  
Stefan ob Leoben  
Tel.: 0664/3533501

## KOSTENLOSE MIETERBERATUNG



Die KPÖ Leoben bietet  
Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.  
Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich  
unbedingt telefonisch anzumelden:

**038 42/ 22 6 70**

**St. Michael – St. Michael – St. Michael – St. Michael – St. Michael – St. Michael – St. Michael**

## Kommentar aus St. Michael

# Auf die KPÖ nicht vergessen!

Leider wurde die für 22. März geplante Gemeinderatswahl wegen Corona abgesagt. Nun findet sie am 28. Juni statt. Die Stimmen des vorgezogenen Wahltages bleiben gültig. Auch die mittels Wahlkarte abgegebenen Stimmen behalten ihre Gültigkeit. Ich habe unsere Bevölkerung im März daran erinnert, was die KPÖ in den vergangen

fünf Jahren im Gemeinderat geleistet hat. Für eine Ein-Mann-Fraktion war das gar nicht so wenig: Die Senkung der Müllgebühren, neue Buswartehäuschen, die Durchsetzung von Sanierungsarbeiten bei Gemeindewohnhäusern. Die KPÖ hat sich stark gemacht, daß die Betriebskosten im Pensionistenwohnhaus am Annabergweg

gesenkt wurden. Immer wieder haben wir unsere Zeitung auch Bürgerinitiativen zur Verfügung gestellt, beispielsweise den lärmgeplagten ÖBB-Anrainern. Ich hoffe Sie erinnern sich daran und denken auch am 28. Juni an die KPÖ.

Hüseyin Kay  
KPÖ-Kandidat in St.  
Michael



**1. Mai:**

**Ohne uns geht nichts!**



Wegen der Corona-Pandemie mußte der traditionelle Maiaufmarsch der steirischen KPÖ in Graz heuer ausfallen. Die KPÖ machte stattdessen mit einem Transparent am Schloßberg auf diesen wichtigen Feiertag der Arbeiterbewegung aufmerksam. Unter dem Motto „Ohne uns geht nichts!“ wiesen die steirischen Kommunistinnen und Kommunisten darauf hin, wer die Gesellschaft auch in schwierigen Zeiten am Laufen hält: Es sind nicht die Milliardäre und Großinvestoren, sondern die Arbeiter, Angestellten, Bäuerinnen und Bauern, Ärzte und Pflegekräfte.

# Wohnen

# Parkgebühren

# Kinderbetreuung

# Für ein leistbares Leoben!

**Helfen statt abkassieren.**



# Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

## Erhöhung des Arbeitslosengeldes

JA NEIN

Ich bin dafür das Arbeitslosengeld auf 70 Prozent des Letztbezuges anzuheben.

Weitere Vorschläge und Meinungen

Name: .....

Adresse: .....

Bitte ausschneiden und einsenden an:

**RUND UM DEN SCHWAMMERLTURM**

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

## UMFRAGE

### Erhöhung des Arbeitslosengeldes?

Die Arbeitslosigkeit ist sprunghaft angestiegen. In absoluten Zahlen haben wir die höchste Arbeitslosigkeit seit Beginn der Aufzeichnungen. Derzeit beträgt das Arbeitslosengeld rund 55 Prozent des letzten Nettoehaltes. Menschen die schon bisher wenig verdient haben, können von diesen 55 Prozent des Letztbezuges kaum leben. Da werden viele in die Mindestsicherung fallen. Deshalb ist es wichtig, diese Nettoersatzrate an-

zuheben. Die KPÖ hat im Landtag gefordert, sich bei der Bundesregierung auf eine Anhebung auf 70 Prozent einzusetzen. Das wurde mit den Stimmen von Neos, SPÖ und ÖVP abgelehnt. Besonders blamabel das Verhalten der SPÖ-Abgeordneten und Leobener Gemeinderätin Helga Ahrer, die wenige Tage vorher im Leobener Gemeinderat selbst diesen Antrag gestellt hatte, im Landtag dann plötzlich dagegen war.



## Pfandhaus Leoben - Freundlich, fair und kompetent!

### Sie benötigen schnell und unkompliziert Bargeld?

Wenn Sie schnell und unkompliziert Bargeld brauchen sind Sie im Pfandhaus Leoben genau richtig. Anders als bei einer Bank sind wir in der Lage innerhalb

weniger Minuten gegen Pfand ein Darlehen zu zahlen - egal ob es sich dabei um 50 Euro oder 5.000 Euro handelt. Bei uns müssen Sie weder Verdienstnachweise vorlegen noch wird eine Bonitätsprüfung vorgenommen.

### Was wird beliehen?

Neben Fahrzeugen können Wertgegenstände, Antiquitäten, Schmuck, Uhren, Digitalkameras, Notebook, Tablets, Smartphones und mehr - beliehen werden. Beim Autopfand können Sie das Auto weiter benutzen.

Das Pfandhaus kauft selbstverständlich auch Edelmetalle zu Bestpreisen an. Der Goldankauf wird zu Tageshöchstpreisen abgewickelt. **Wichtig: Steuervorteile für Firmen, Zinsen und Gebühren sind steuerlich absetzbar.**

DAS  Waasenplatz 1, 8700 Leoben  
**PFANDHAUS**

**SOFORT BARGELD!**

Autopfand  
Elektronikpfand  
Schmuckpfand  
Goldpfand



**Sie brauchen Geld?  
Wir helfen Ihnen!**

**GOLDANKAUF  
ZU TAGESHÖCHSTPREISEN**

WIR BERATEN SIE UND SCHÄTZEN  
IHR GOLD KOSTENLOS!

WIR SUCHEN DRINGEND  
**LUXUSUHREN & SCHMUCK**  
ALLES AUS GOLD, SILBER & PLATIN



[www.pfandhaus-leoben.at](http://www.pfandhaus-leoben.at)